

# DIE FACKEL

Nr. 66

WIEN, ENDE JÄNNER 1901

II. JAHR

Die französische Sprache hat wie die russische die Eigentümlichkeit, höflicher zu sein als die deutsche. Das führt, wenn aus Paris oder Petersburg ein der Aufzeichnung würdiger Ausspruch des Präsidenten oder Zaren gemeldet wird, immer wieder zu Mißverständnissen. Unsere Publizistik schrotet diese Aussprüche je nach ihrer Parteirichtung aus und bietet dem Publikum — sei es mit Absicht, sei es, weil sie den Geist der fremden Sprachen so wenig erfaßt wie den der eigenen — eine wörtliche Übersetzung, wo es doch am Platze wäre, romanischen Überschwang oder sklavische Sentimentalität auf das im Inland übliche und erträgliche Maß zu mindern. So kommt es, daß uns immer wieder — und erst jüngst in einem Leitartikel der 'Neuen Freien Presse' — das politische Ammenmärchen aufgetischt wird, der Zar habe einmal den Fürsten von Montenegro seinen »einzigsten Freund« geheißen. Daß der Zar hier eine in der russischen Umgangssprache übliche Phrase gebraucht hat, scheinen die Herren nicht zu wissen oder nicht wissen zu wollen; sie wollen nichts als eine hochpolitische und für die »Lage« wichtige Beteuerung heraushören. Aber im Russischen bedeutet die Versicherung des Redners, daß einer sein einziger Freund sei, etwa so viel wie bei uns die Anrede: »Lieber Freund«, und die Übung internationaler Höflichkeit braucht kein vor dem Panslawismus bangendes deutschliberales Gemüt zu beunruhigen. Widerwärtig ist nur die Beharrlichkeit, mit der der Glaube an die »einzige Freundschaft« von den Leitern unseres auswärtigen Amtes genährt und stets frisch erhalten wird. Der Zar würde sich ja keinen Moment besinnen, selbst Herrn Goluchowski einen ausgezeichneten Mann oder so etwas ähnliches zu nennen, ohne daß man darin eine »Kundgebung«, etwa für die milanfreundliche Richtung Österreichs erblicken müßte. Aber nächstens wird uns als eine für die Intimität des Zaren mit seinem Volk bezeichnende Tatsache mitgeteilt werden, daß in Rußland die Leute ihren Kaiser »Väterchen« nennen ...

Auch die Unkenntnis französischer Sprachübung und die Überschätzung französischer Höflichkeit hat schon vielfache Mißverständnisse gezeitigt und mancherlei Unheil angerichtet. So werden wir beständig in dem Glauben erhalten, der Präsident der französischen Republik sei mit Herrn Wilhelm Singer vom 'Neuen Wiener Tagblatt' intim und könne keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne sich der angenehmen Stunden des Zusammenseins mit dem Chefredakteur des Steyrermühlblattes zu erinnern. Aber wahrlich, eher erblickt noch Nikolaus in Nikita als Loubet <sup>1</sup> in Wilhelm Singer seinen einzigen Freund. Was soll denn der Präsident der Republik tun, wenn Herr Singer ihm zum neuen Jahr ein Beglückwünschungs—Telegramm sendet? Herr Loubet ist nicht unhöflicher als irgendein anderer Zeitgenosse, läßt durch seinen Sekretär danken, und dieser kleidet als geborener Franzose die Höflichkeit in eine uns etwas pathetisch anmutende Form. Wörtlich übersetzt, muß die Antwort den Eindruck erwecken, Herr Loubet hege die dankbaren Gefühle eines

1 Emile Loubet, franz. Präsident bis 1906

Mannes, der in seinem sonst recht trübseligen Leben doch etwas Gutes erlebt hat: »Auf das angenehmste durch Ihre Aufmerksamkeit überrascht, beauftragt mich der Präsident der Republik, Sie zu versichern, daß er die *glücklichen* Augenblicke nicht vergessen hat, welche ihm durch den Kongreß der Presse sowie auch durch Ihren liebenswürdigen Besuch bereitet worden sind.« Ein so liberaler Mann nun Herr Loubet ist, man kann es ihm schwerlich zutrauen, daß ihm die Gesellschaft des Herrn Singer »glückliche« Augenblicke bereitet hat. Aber die »Concordia«—Presse läßt eben Herr Loubet auf ihre Fassung selig werden, und Herr Singer empfindet beiläufig dieselbe Zufriedenheit, die einst Herr Rudolf Lothar überkam, als ihn Emil Zola in einem Dankbrief an die Stammgäste der Leopoldstädter Kaffeehäuser seinen »cher confrère« nannte.

Die Franzosen sind höflich, solange sie nicht informiert sind, und die guten Beziehungen, die Herr Wilhelm Singer mit der Republik unterhält, währen nur so lange, als nicht von Wien eine gründliche Aufklärung erfolgt. Allgemein war das Erstaunen, da man vor etwa zwei Jahren im 'Neuen Wiener Tagblatt' einen von Jaurès<sup>1</sup> verfaßten und für Herrn Singer geschriebenen »Original—Artikel« fand. Die Verbrüderung von anno Dreyfus machte zwar manches erklärlich, aber Herr Jaurès schien doch immerhin ein Mann, den man vor der unsauberen Gesellschaft, in die er sich begeben, mit gutem Gewissen bewahren durfte. Und so unternahmen es denn einige Wiener Genossen des Herrn Jaurès, ihn brieflich über Wesen und Zweck des 'Neuen Wiener Tagblatt' zu unterrichten. Und siehe da, Jaurès bekannte sich unschuldig und gab an, Herr Singer sei ihm von allem Anfang an wenig sympathisch gewesen, und er habe erst auf die eindringliche Versicherung des Mannes, daß sein Organ ein »demokratisches« sei, die Mitarbeit zugesagt; er werde es ganz gewiß nicht wieder tun ... Freilich hat inzwischen, wie man mir aus Paris schreibt, Herr Jaurès in Berthold Frischauer einen Mitkämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit schätzen gelernt, und die Wiener Sozialdemokraten nehmen an der seltsamen Bettgenossenschaft, die die gemeinsame »reaktionäre« Not schafft, längst keinen Anstoß mehr.

\* \* \*

**D**er Prinz von Wales ist zwar ein Freund des Türken—Hirsch gewesen und hat auch sonst einer Lebensauffassung gehuldigt, die dem Geiste der 'Neuen Freien Presse' nicht ganz fremd ist, aber er hat, da er als König von England<sup>2</sup> mit den Sitten seines Vorlebens brechen muß, gleich bei seiner Thronbesteigung den Herausgebern der 'Neuen Freien Presse' keck den Respekt verweigert. Sie ließen nämlich am 23. Jänner einen Artikel erscheinen, der in fetten Lettern die Überschrift trug: *König Albert von England*, und er desavouierte sie an eben und demselben Tage. Der Warwick des Economisten befahl, daß der zukünftige Herrscher des Britenreiches Albert I. heiße, aber schon auf der nächsten Seite war der Text eines Telegramms zu lesen, das der Prinz von Wales an den Lord Mayor gerichtet hatte und das »Eduard Albert« unterzeichnet war. Der Leitartikler hätte daraus ersehen müssen, daß Albert Eduard absichtlich seine Vornamen vertauscht und so bereits seinen künftigen Königsnamen bezeichnet hatte. Er ließ sich von seinem Entschlusse, fortan Eduard zu heißen, auch dann nicht abbringen, als man ihm meldete, daß sich Herr Benedikt für »Albert« entschieden hätte. So mußte denn die 'Neue Freie Presse' nachgeben, und schon in ihrem Abendblatte desselben Ta-

1 Jean Jaurès - franz. Sozialist

2 Eduard VII. - brit. König 1901 bis 1910

ges ihren Lesern einen neuen König namens Eduard VII. vorstellen, der nach dem Tode Victorias auf den Eintagskönig Albert I. gefolgt war...

\* \* \*

## NACHTRÄGLICHES

Die Parteien jubeln, jede hat gesiegt, jeder ist »nur noch eine kurze Galgenfrist« gegönnt. Und die Veränderungen, die jede erlitten hat? Versuche einmal ein Laie in der Politik aus unseren Tagesblättern die Größe der Parteien im neuen Reichsrate und die Gewinne oder Verluste zu erfahren, die sie bei den Wahlen erlitten. Staunend wird er schließlich gestehen, daß in diesem unwahrscheinlichen Österreich selbst die Zahlen unzuverlässig geworden sind, und daß hier die Statistik wirklich alles beweisen kann. Was dem einen Zahlenweisen ein durchschlagender Erfolg heißt, das deutet der andere als vernichtende Niederlage. Auch sonst hat wohl nach Schlachten jeder der Gegner das Tedeum angestimmt. Aber im ernstesten Kriege muß sich's schließlich weisen, wem in Wahrheit der Erfolg zuteil ward. Wer Terrain errang, ist Sieger, auch wenn er mehr Mannen verlor als der abziehende Gegner. Nach der Wahlschlacht gibt es keine Gewißheit für unsere Zeitungspolitiker. Denn während man ehemals fragte, welcher Partei der Gewählte sich anschließen werde, wird heute die *innere* Parteinahme zum entscheidenden Kriterium gemacht. Die Christlichsozialen zählten im vorigen Abgeordnetenhaus siebenundzwanzig Mann; im neuen werden ihrer fünfundzwanzig sein. Sie haben also zwei Mandate verloren. Die 'Neue Freie Presse' aber tut dar — und die 'Arbeiter—Zeitung' spricht es gläubig nach —, daß sie elf Mandate eingebüßt haben. Einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die bei den Wahlen durchfielen, haben eben »innerlich« zur christlichsozialen Partei gehört. Daß vier Herren aus Tirol und Vorarlberg ihr äußerlich angehören werden, ficht Herrn Benedikt nicht an. Jene Herren sind dennoch nicht Christlichsoziale, wie sie sich nennen, sondern — Klerikale. Und Herr Benedikt, der doch sonst die Christlichsozialen Klerikale nennt, weiß sich des Unterschiedes zwischen Klerikalen und Christlichsozialen, wenn es ihm paßt, zu erinnern. Ebenso leicht vergißt er aber den Unterschied zwischen Deutschfortschrittlichen und der von Herrn Noske geplanten »Freisinnigen Volkspartei«, den er tags zuvor festgestellt hat, wenn es am nächsten Tage gilt, die Niederlage der Fortschrittspartei wegzubeweisen. Dann gehören nicht nur die Herren Dr. Kopp und Dr. Vogler, sondern auch die Herren Noske und Wrabetz zur Deutschen Fortschrittspartei, so entschieden diese auch die Aufnahme des Versicherungsagenten und des Photographen in ihren Klubverband ablehnen mag, und Herrn Dr. Ofner nützt es nichts, daß er sich einen Sozialpolitiker nennt. Wenn man vollends den Rückgang des Antisemitismus mit Barnumgeschicklichkeit den oberen »zehntausend entzückten« Lesern verkünden will, dann schwinden alle Parteigegensätze, und der Begriff des »Freisinns« stellt eine innere Zusammengehörigkeit von Deutsch—fortschrittlichen, Freisinniger Volkspartei, Deutscher Volkspartei, Radikalnationalen und Sozialdemokraten her. Die Herren Glöckner und Nowak haben sich ausdrücklich als Antisemiten bekannt; schadet nichts, sie gehören doch zur Fortschrittspartei gegen deren Programm der Antisemitismus verstößt und die, wenn sie die Herren Auspitz und Licht lieber, als die Herren Noske und Wrabetz aufnehmen will, doch schwerlich der Meinung ist, daß jene die besseren Christen seien. Die Deutsche Volkspartei und die Radikalnationalen führen den Antisemitismus in ihrem Programme; tut nichts, dieser Antisemitismus ist kein ernster, denn die

Herren sind dem Ebenhoch'schen Blatte zufolge — auch klerikalen Blättern glaubt man manchmal gerne — von Juden gewählt. Und die Sozialdemokraten? Heißen sie im 'Deutschen Volksblatt' nicht Judensozi? Herr Benedikt zweifelt nicht daran, daß sie sich der Verpflichtung, die ihnen dieser Titel auferlegt, stets bewußt bleiben werden. Und die Leser der 'Neuen Freien Presse' sind's zufrieden. Mag alles schiefgehen, zum Schlusse kommt doch ein geschickter Statistiker, überblickt die Wahlstatt sieht sieht, daß alles gut ist.

\*

Die 'Arbeiter—Zeitung' hat während des Wahlkampfes endlich herausgebracht, wer an allen Übeln in Österreich schuldträgt. Daß die Liberalen eine schlechte Verfassung geschaffen und jede Reform nach Kräften zu vereiteln gesucht haben, das ist von anderen so oft gesagt worden, daß die 'Arbeiter—Zeitung' sich — in den Zeiten des Bündnisses mit Noske — nicht in Wiederholungen ergehen wollte. Jedoch über die Rolle, die die Christlichsozialen gespielt haben, hat sie ihre Leser endlich aufgeklärt. Die Christlichsozialen sind die Retter des § 14 gewesen, sie haben am 7. Oktober 1899 gegen seine Aufhebung gestimmt. Und wenn wir den § 14 nicht mehr hätten, dann wären doch offenbar alle Verfügungen, zu denen er seither mißbraucht worden ist, unterblieben. Daß österreichische Minister den Mut des Fürsten Hohenlohe und des Grafen Bülow hätten zeigen können, die ohne einen § 14 und ohne Reichstag 150 Millionen ausgaben und nachher um Indemnität baten, ist doch nicht anzunehmen. Und keinesfalls hätte unser Abgeordnetenhaus die Schwäche des Deutschen Reichstages gezeigt, der, weil doch das Geld schon ausgegeben war, die Indemnität bewilligte. In Österreich hätte also, so erklärte die 'Arbeiter—Zeitung' am 31. Dezember 1900, ohne § 14 nicht »die Verfassung weiter gebeugt« werden können. Ein Unbefangener wird freilich hinzufügen müssen, daß ohne den § 14, der es dem Abgeordnetenhause ermöglicht, kaiserliche Verordnungen aufzuheben, auch etwaige Beugungen der Verfassung nicht wieder rückgängig gemacht werden könnten. Und er wird zugestehen, daß wir ohne den § 14, statt eines schlechten provisorischen, längst einen schlechten definitiven Ausgleich mit Ungarn erhalten hätten. In diesem Lande, in dem demokratischer Geist fehlt, scheint der § 14 doch noch die demokratische Form zu wahren.

Denkt aber die 'Arbeiter—Zeitung' demokratisch? Man muß es bezweifeln, seit sie jüngst den Christlichsozialen den Vorwurf gemacht hat, daß sie die Bürgermeister, Stadträte und Bezirksvorsteher besolden. Der dumme Kerl von Wien mag entrüstet sein, wenn er vernimmt, daß fünfzig Christlichsoziale einige taugend Gulden Gehalt beziehen; und wenn es sich später herausstellt, daß unter jenen Fünfzig auch einige Liberale sind, wird er dadurch nicht milder gestimmt werden. Der Demokrat aber wird ihm erwidern, daß alle demokratischen Parteien der Welt die Besoldung öffentlicher Ämter fordern, weil sie auch dem Unbemittelten die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht. Und daß jede Partei die Ämter, über die sie verfügt, mit ihren Gesinnungsgenossen besetzt, daran sollte unsere Sozialdemokratie, die doch selbst bei den Ärzten der Krankenkassen vor allem nach der politischen Gesinnung fragt, am wenigsten mäkeln.

\*

Herr Victor Silberer, der sich — glücklicherweise ohne Erfolg — als einen Christlichsozialen empfahl, und Herr Börsenrat Schwitzer sind gleichgestimmte Seelen, und der jüdische Jude mag dem arischen gegenüber mit Stolz darauf hinweisen, daß er in seiner Aussage in der Terminhandels—Enquete die Gedanken des Herrn Silberer vor diesem und mit besserer Logik entwickelt hat. Herr Silberer mag es gefühlt haben, daß sich das Buchma-

chergewerbe mit christlichsozialer Wirtschaftspolitik eigentlich nicht gut vereinigen lasse, und so war er denn bemüht, etwaigen Anwürfen schleunigst die Spitze abzuberechnen. Aber je eifriger er daran war, umso rascher gelangten die Wähler zur Erkenntnis, daß sie neben Herrn Silberer eigentlich auch Herrn Schwitzer als christlichsozialen Kandidaten akzeptieren müßten. Gleich jenen Ehrenwortmännern von der Börse, die die »Kavaliersgeschäfte« vermitteln, hat sich der Buchmacher Silberer in seiner Kandidatenrede am 23. Dezember mit dem Argument verteidigt: »Ob die Reichen ihr Geld, das sie zu viel haben, verlieren oder nicht, ist ihre Sache.« Und ganz wie die Börsenleute beruft sich auch der Buchmacher auf die Höhe der Steuern, die er zahlt. Aber es geht über das erlaubte Maß von Dreistigkeit hinaus, wenn er deshalb den Finanzminister seinen »stillen Kompagnon« nennt. Denn die Steuern, die der Finanzminister vom Börsen— und Turfspiel erhebt, sind nur ein unzureichendes Mittel zu seiner Eindämmung. Daß solche Steuern unmoralisch sind, ist freilich wahr und oft gesagt worden. Aber ein Staat, der auch den Prostituierten hohe Abgaben auferlegt, kann der weit schlimmeren Unmoral der Börse und des Turfs gegenüber schwerlich zarte Bedenken zeigen. Die unglücklichen prostituierten Frauen, die Herr Silberer sicherlich verachtet und die er aus der Umgebung des »Annahofs« vertrieben hat, mögen angesichts einer polizeilichen Barbarei, die sie zu Tieren entwürdigt, immerhin mit dem Ausspruch des Herrn Silberer sich trösten, ein Geschäft, an dem der Finanzminister in so hohem Grade interessiert ist, könne »kein unanständiges, kein unehrenhaftes« sein. Aber für den Buchmacher werden wir die Feigheit des Staates, der das Differenzen— und Turfspiel nicht zu verbieten wagt, und eine staatliche Unmoral, die ja auch am Lotteriespiel festhält, *nicht* als Entschuldigung gelten lassen!

\*

Herr Theodor Herzl ist kein *religiöser* Jude, und das wird ihm von frommen Glaubensgenossen just bei Gelegenheiten am meisten verargt, bei denen, er sich als *nationaler* Jude zeigt. Dadurch hat er aber auch während der Wahlbewegung, in der die Wiener zionistische Partei zum erstenmal seit ihrer Trennung von den Wiener Sozialpolitikern selbständig hervortreten gedachte, so viele Glaubensgenossen abgestoßen, daß schließlich die Aufstellung zionistischer Zählkandidaten unbemerkt blieb, weil die Stimmenzahl Null in den Wahlprotokollen nicht eigens verzeichnet wurde. Die große zionistische Wählerversammlung im Ronachersaale (am 22. November 1900) hat zu nichts geführt als zu einem Brief eines »alten Juden« an die Wochenschrift des Rabbi Bloch. Auf eine Kritik der politischen Ideale des Herrn Herzl ließ sich der alte Jude weiter nicht ein. Denn schon als Herr Herzl die Rednerbühne bestieg und den Mund aufmachte, war der fromme Hörer starr vor Entrüstung: im Munde des künftigen Königs von Zion sah er deutlich einen halb zerkauten Bissen Fleisch. Der alte Jude, unbekümmert um alles Hofzeremoniell, warf nicht etwa die Frage auf, ob es eines Königs würdig sei, noch mitten im Kauen zu sprechen. Das scheint er vielmehr für eine jener Unarten gehalten zu haben, die von der nationalen Art nun einmal nicht zu trennen sind und deren Konservierung den konservativen Orthodoxen gleich sehr wie den zionistischen Fortschrittsjuden Herzenssache ist. Aber man befand sich ja bei Ronacher und nicht bei Tonello oder Theumann. Der Bissen im Munde des Dr. Herzl konnte — *proh pudor!* — vielleicht *Schweinscarre* sein! Und die Rede des Herrn Herzl dauerte so lang, daß der zürnende Hörer seine Absicht, ihn wegen seiner Stellung zu den jüdischen Speisegesetzen zu befragen, fallen ließ, wegging und am 14. Jänner, keinen Zionisten, sondern die Herren Noske und Wrabetz wählte.

\* \* \*

## Goethe und Wahlverwandtschaften

### *Die Liberalen:*

Festvortrag des Herrn Dr. Max *Grunwald*, gehalten in einem Hotel der Leopoldstadt über das Thema: Goethe und die Juden.

### *Die Sozialdemokraten:*

Festvortrag des Genossen Dr. *Ingwer*, gehalten in einer Versammlung des Rudolfsheimer Arbeiterbildungsvereines über das Thema: Goethe und die Arbeiter, mit besonderer Berücksichtigung des Einflusses, den das Judentum auf Goethes Entwicklung genommen hat. Vom Vater habe Goethe die Statur gehabt, vom Judentum »das ruhige, sichere, *phrasenlose* Denken«. Solches hat Herr Ingwer einem Publikum von Lesern der '*Arbeiter—Zeitung*' erzählt. Er sprach auch von dem »lieblichen Wohlklang«, den die deutsche Sprache heute besitze ... Aber die Hauptsache war doch der Nachweis, daß Goethe ohne Spinoza und ohne das Judentum »nicht zu denken« sei. »*Noch* in einer Beziehung ist uns Sozialisten Goethe sehr teuer«, meinte Herr Dr. Ingwer, als er vom Judentum zu einem andern Kapitel überging.

\*

### *Zur Lage.*

Von besonderer Seite geht mir die Mitteilung zu, daß man sich entschlossen hat, der demnächst zu erwartenden »Wiedergeburt des Liberalismus« »tunlichst« Rechnung zu tragen, und daß man bereits die folgenden Persönlichkeiten für ein zu bildendes neues Kabinett »ins Auge gefaßt« hat:

Präsidium:	Chlumecky
Inneres:	Stukart
Handelsminister:	Mauthner
Finanzminister:	Benedikt
Ackerbauminister:	Schwitzer
Landesverteidigung:	Erlanger
Cultus und Unterricht:	Hartel
Eisenbahnminister:	Jeitteles
Justiz:	Schweiger (Landesgerichtspräsident i. P. und Verwaltungsrat der Bodencreditanstalt)
Polnischer Landsmannminister:	Rappaport.



**L**es hommes sont méchants, cependant l'homme est naturellement bon <sup>1</sup>.  
Liegt in diesen Worten Jean Jacques Rousseaus nicht ein tieferer Sinn, als jener, den er selbst ihnen gegeben — daß die sozialen *Einrichtungen* die

<sup>1</sup> Die Menschen sind böse, während der Mensch von Natur aus gut ist.

Menschen zum Hasse treiben —: sind nicht die sozialen *Instinkte* mit den Bestieninstinkten im Menschen aufs engste verbunden? Scheußlicher als je der Egoismus des Individuums spricht sich oft der Egoismus der sozialen Gruppe aus, und eine Herzenshärte und Roheit, deren jeder Einzelne unfähig wäre, bestimmt die Parteiurteile. Da hat ein Kadettenzögling eine unglückselige Tat verübt, einen »Proletarier«, der ihn gereizt hatte, niedergestochen. Der Knabe war trunken, von Wein halb und halb von Wut, jähem Temperaments, in seiner früheren Jugend wahrscheinlich schlecht geleitet — denn sein Vater ist Pädagoge — und später in jenen Begriffen militärischer Ehre erzogen, die erst dem reifen Mann verständlich und Leiter zur härtesten und vornehmsten Lebensführung werden. Und man legt bei uns leichtfertig in die Hände von Knaben, die dem Soldatenstand noch nicht angehören und darum keine Soldatenehre zu verteidigen haben, eine blanke Waffe statt des Symbols der Waffe — des vernagelten Bajonetts —, das ihnen geziemen würde. Die Richter haben wohl begriffen, daß der arme Bursche kein Verbrechen begangen hat, sondern daß ihm ein Unglück zugestoßen ist; aber sie müssen ihm — so will es das Gesetz — den schweren Erfolg seiner Tat anrechnen und verurteilen ihn zu achtzehn Monaten Kerkers. Wenn jetzt die Hüter einer vorgeschrittenen Moral, die das Verschulden nicht mehr nach seinen Folgen messen, in dem Wunsche sich vereinigen, daß dem Richterspruch die Begnadigung folge, und wenn vor allen die Träger sozialer Ideen die Lehre verkündeten, daß die Gesellschaft neben dem Rechte auf Strafe immer klarer eines ungeschriebenen Rechts auf Gnade sich bewußt wird: nichts wäre menschlicher und begreiflicher. Aber nein, der unglückliche Totschläger war ja ein Adept des verhaßten Militarismus und der Getötete ein Proletarier. Und wenn man diesen Proletarier, der als Gewohnheitsverbrecher von Kerker zu Kerker wanderte, bei Lebzeiten verleugnet hätte: sein unverschuldeter Tod, der nach menschlichem Empfinden die Erinnerung an sein verwüstetes Leben tilgt, umweht ihn für mißleitete proletarische Gefühle mit der Gloriele eines Märtyrers, der im Kampf für das Recht des Volkes gegen die Willkür der Armee gefallen ist. Und der Haß gegen ein in den Köpfen der Genossen spukendes Zerrbild des Militarismus entlädt sich auf das Haupt eines Halberwachsenen, der jetzt in der 'Arbeiter—Zeitung' »Mordbube« heißt und der den Proletariergroll, wenn er ihn schon nicht fühlen wird, doch hören soll. Man ist förmlich befriedigt, endlich auch einen österreichischen »Brüsewitz« gefunden zu haben und beschimpfen zu können, und mag es auch ein Kind sein. In welchem Maße bereits jener Teil der sozialdemokratischen Presse, dem immer wieder die seichtesten und primitivsten politischen Erwägungen das Urteil sowie in künstlerischen, auch in allen moralischen Fragen bestimmen, das öffentliche Gewissen getrübt hat, habe ich seit zwei Wochen mit Erschrecken erfahren. Ich wurde mit Briefen bestürmt, die die Entrüstung ihrer Absender über die »milde« Bestrafung<sup>1</sup> des Kadettenzöglings Lambertz und die die Hoffnung äußern, daß ich in dieser Sache ein »kräftiges Wort« sprechen werde. Ich erfülle den Wunsch der Briefschreiber; das kräftige Wort heißt: Pfui!

\*

Nicht verschwiegen soll hier auch die Niedertracht der 'Neuen Freien Presse' werden, die der sozialdemokratischen Parteiverblödung fast einen

1 Deutschland 2013: Fünf Türken treten solange auf dem Berliner Alexanderplatz am helllichten Tage auf einen jungen Menschen ein, bis er tot ist. Er ist einer von 81 Prügelopfern des Jahres 2012. Einer kommt hinter Gitter, die anderen erhalten Jugendstrafen, sind aber zwei Jahre nach ihrem Mord noch immer auf freiem Fuß, was ihnen erlaubt, ihr Opfer und dessen Familie zu verhöhnen. Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind eine Bereicherung für uns alle!, sagt eine Parasitin der Asylantenindustrie, Maria Böhmer.

Freibrief auszustellen schien. Das Blatt hat das Unglücksereignis in Rottenmann als die Folge eines wüsten Arbeiterexzesses dargestellt und die sozialdemokratische Arbeiterschaft dabei beschimpft. Daß die übrige der Arbeiterschaft feindliche Presse diese Lügen nicht abdruckte, müßte man der entschiedenen Berichtigung des Bürgermeisters von Rottenmann zuschreiben, wenn es sich nicht einfacher daraus erklären ließ, daß die zureichenden Gründe, die die 'Neue Freie Presse' zu ihrer Stellungnahme bewegen mochten, für mehr als *eine* Zeitung eben nicht zureichten ...

\* \* \*

Ich erhalte die folgende Belästigung:

Auf Grund § 19 P. G. fordere ich Sie auf, die nachstehende tatsächliche Berichtigung in der 'Fackel' abzudrucken, und zwar an derselben Stelle und in derselben Schriftgattung, in welcher der zu berichtigende Artikel erschienen ist: Es ist unwahr, daß die Beleuchtung des Rotundenraumes mit Bogenlampen »gar nichts zur Sache tut«. Wahr ist vielmehr, daß die Beleuchtungsart in diesem Falle die Hauptsache bildet. Es ist unwahr, daß »der Rotundenraum hätte *auch* von Glühlampen beleuchtet sein *können*«. Wahr ist vielmehr, daß der Rotundenraum mit Glühlampen nicht beleuchtet werden konnte und mit solchen auch tatsächlich nicht beleuchtet ist. Da ich aber ausschließlich Glühlampen erzeuge, so ist dieses Moment eben das Entscheidende in der Sache. Es ist unwahr, daß »die österreichische Generalrepräsentanz der North British in London die Rotunde besichtigt und die Einrichtungen, die Barnum & Bailey machen ließen, überwacht hat«. Wahr ist vielmehr, daß die Österreichische Generalrepräsentanz der North British die Rotunde während ihrer Adaptierung weder besichtigt noch die Einrichtungen, die Barnum & Bailey machen ließen, überwacht hat. Es ist unwahr, daß »das Urteil lautete: die Rotunde sei als *erstklassiges Objekt zur Versicherung zu empfehlen*«. Wahr vielmehr ist, daß ein solches Urteil niemals abgegeben wurde. Es ist unwahr, daß die hiesige Generalrepräsentanz der North British »sich zunächst an das Handelsministerium wandte, dem die Rotundenverwaltung untersteht, um es auf die Gefährlichkeit der Zustände in der Rotunde aufmerksam zu machen«. Wahr ist vielmehr, daß das Rotundengebäude »*zugunsten des k. k. Handelsministeriums*« versichert ist, wie der Wortlaut der Versicherungspolice ausdrücklich besagt. Es ist unwahr, daß »das Zirkusunternehmen die Zentrale der Versicherungsgesellschaft in London anging, und Herrn Scharfs Forderungen zurückgezogen wurden«. Wahr ist vielmehr, daß diese Forderungen bis heute *nicht* zurückgezogen wurden. Es ist unwahr, daß »im ersten Vertragsformulare, das ich vorlegte, sich der Name »Scharf« findet. Wahr ist vielmehr, daß kein erstes Vertragsformular von mir vorgelegt wurde, weil ein solches überhaupt nicht existierte, es konnte daher auch nicht der Name »Scharf« in demselben enthalten sein. Es ist unwahr, daß ich »das Formular des zweiten Vertrages von zwei Herren unterzeichnen ließ, die neben mir das Firmierungsrecht haben«. Wahr ist vielmehr, daß ein zweites Vertragsformular ebenso wenig besteht, als ein erstes bestanden hat. Schließlich sind auch alle im »Nachtrag« zu dem von mir heute



berichtigten Artikel enthaltenen Behauptungen vollständig unwahr. Es ist speziell unwahr, daß »das Verlangen des Repräsentanten der North British um <sup>1</sup> *drei Passepartouts* von den Herren Barnum & Bailey bewilligt wurde«. Wahr ist vielmehr, daß diese drei Passepartouts bis zur Stunde nicht ausgefertigt sind, es ist daher ebenso unwahr, als unmöglich, daß mit *diesen nicht existierenden* Passepartouts »die Redakteure der 'Sonn— und Montags— Zeitung' in die Vorstellungen der Rotunde gehen können«.

Alexander Scharf

\*

Der ehrwürdige Patriarch, der an jedem »Sonn— und Montag« den Revolver zum Himmel richtet und Gottes Segen für die glaubensstarken und »über die ganze Welt zerstreuten« Abonnenten seines Blattes erlebt, der Kämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit, der ausschließlich Glühlampen erzeugt und auch noch das Licht der Kultur verbreitet, der Inhaber der Firma »Watt«, der als Inhaber der 'Sonn— und Montagszeitung' neuestens Angriffe auf Banken wirklich erscheinen läßt und fast alle Versuche, ihn zu bestechen, mit der catonischen Versicherung zurückweist: »Ich hab' schon genug!« Alexander Scharf, Generalrepräsentant der North British, sandte mir wieder eine Berichtigung. Sie betraf meine Ausführungen in Nr. 62 der 'Fackel': die Fortsetzung und — wie ich gehofft hatte — den Abschluß des Zyklus, »Scharf und Barnum«. Herr Scharf belästigte mich schon am 27. Dezember. Ich unterließ den Abdruck seiner Zuschrift, und er klagte. Am 17. Jänner fand die Gerichtsverhandlung statt, bei der Herr Scharf mit seinem Advokaten erschien. Die sieghafte Erscheinung des Herrn Scharf konnte die Aufnahme der Berichtigung nicht durchsetzen, und das Gericht sprach mich als verantwortliche Redakteur von der Verpflichtung frei, sie mit allen ihren Zumutungen an die Geduld des § 19 abzudrucken. Drei Stellen waren als ungesetzlich bezeichnet worden, und Herr Scharf verließ den Gerichtssaal, um eine Erfahrung reicher und um die Prozeßkosten ärmer. Das Umgekehrte wäre ihm lieber gewesen; aber um das Vergnügen, nach Weglassung der drei gesetzwidrigen Stellen neuerdings zu berichtigen, wollte er sich doch nicht bringen lassen. So schrieb er denn die oben abgedruckte Epistel. Den formalen Anforderungen des § 19 — er enthält nur formale — entspricht sie. Immer wieder muß man darauf hinweisen, daß das Berichtigungsgesetz den Wahrheitsbeweis nicht zuläßt. Ich erkläre, daß alle von mir behaupteten Tatsachen *wahr* sind und halte alle aufrecht. Herr Scharf aber darf sie als *unwahr* bezeichnen, weil es *Tatsachen* sind, auf die sich seine zweite Berichtigung bezieht. Die Aufnahme von Polemiken gegen *Urteile*, die die erste Fassung enthielt, konnte er nicht erzwingen. Wenn ich heute schreibe, daß Herr Scharf Besitzer der 'Sonn— und Montagszeitung' ist, so kann er diese Behauptung berichtigen; wenn ich aber seine publizistische Wirksamkeit als eine Pestilenz für Wien bezeichne, so kann er dies auf Grund des § 19 nicht ableugnen. Wir haben ein Preßgesetz, das es der Sonne erlaubt, zu berichtigen, daß sie scheint; wie sollte es Herrn Alexander Scharf nicht gestattet sein, zu bestreiten, daß er die Rotunde »als erstklassiges Versicherungsobjekt« empfohlen habe? Herr Scharf darf leugnen, daß sich die Generalrepräsentanz der North British »zunächst an das Handelsministerium wandte«, obgleich sein Rechtsvertreter dies bei Gericht ausdrücklich zugab. Und er darf die Erklärung dieses Schrittes durch die Worte, daß »das Rotundengebäude zugunsten des k. k. Handelsministeriums versichert« sei, mit einem: »Wahr ist vielmehr« einleiten, obwohl ich

1 Die hier dreist in Anführungszeichen zitierte Behauptung der 'Fackel' war natürlich in **deutscher** Sprache abgefaßt. Anm. d. Herausgeb.

ganz dasselbe mit den Worten gesagt hatte, daß dem Handelsministerium »die Rotundenverwaltung untersteht«. Ich brauchte wohl auch dem oberflächlichsten Leser nicht noch eigens unter die Nase zu reiben, daß ein Gebäude zugunsten seines Besitzers versichert wird. Daß aber das Handelsministerium an den Differenzen zwischen Herrn Scharf und der Unternehmung Barnum & Bailey nicht interessiert war, daß es ihm gleichgültig sein mußte, eine wie hohe Prämie und welche sonstigen Sicherheiten von den Amerikanern der Versicherungsgesellschaft geleistet würden, und daß Herr Scharf einfach eine Denunziation verübte, um Barnum & Bailey zu erschrecken, ist unbestreitbar. Ich verweise den Leser nachdrücklich auf den Artikel in Nr. 62, wo die merkwürdigen Zusammenhänge zwischen den Feuerlärmentikeln des Herrn Scharf gegen Barnum & Bailey und seiner Funktion als Repräsentanten der Versicherungsgesellschaft North British klargelegt waren. An meinen Ausführungen ändert die Berichtigung des Herrn Scharf, die nach gerichtlicher Hemmung einen lediglich formalen Daseinsanspruch errungen hat, nicht das Geringste. Nur in einem Punkte scheint mir Herr Scharf auch eine innere Wahrheit verfochten zu haben: in dem Punkte der drei nicht bewilligten Passepartouts. Sie sind nämlich wirklich nicht bewilligt worden, und ich wundere mich, daß nicht Barnum & Bailey diese Konstatierung im Wege des § 19 von mir verlangt haben. Aber ich wundere mich auch, daß Herr Scharf mir so glatt heringefallen ist. Er leugnet nicht, daß er die drei Freikarten gefordert hat; ihm ist es nur darum zu tun, daß konstatiert werde, er habe sie nicht bekommen. Und den entsagungsvollen Schmerz, den Herr Scharf darob empfindet, will er jetzt nicht nur in seinem eigenen Blatte, sondern auch in der 'Fackel' ausdrücken. Herr Scharf hat — das stelle ich mit Vergnügen fest — die Passepartouts *nicht* bekommen. Er hat auch die Beleuchtung der Rotunde nicht bekommen. Er hat auch das Inserat nicht bekommen. Herr Scharf ist *wirklich* unbestochen.

\* \* \*

**Z**ur Geschichte der Zuckerfabriken in der Bukowina ein kurzer Nachtrag. Der Autor des in der 'Fackel' zitierten Artikels der 'Deutschen Zeitung', Herr Friedrich Kleinwächter in Czernowitz, ist nicht der Nationalökonom der Czernowitzer Universität. Also habe ich diesen *grundlos gelobt*. Da der Artikel »Friedrich Kleinwächter« unterzeichnet, in Czernowitz geschrieben war und die Kartellfrage streifte, konnte als Verfasser ein anderer als der bekannte Hofrat und Professor schwerlich vermutet werden; nun stellt es sich heraus, daß Friedrich Kleinwächter einen Neffen gleichen Namens hat. Wie naheliegend der Irrtum war, mögen die Leser auch daraus ersehen, daß die 'Zeit', die mir ihn jetzt vorwirft, aus dem gleichen Anlasse den Hofrat Kleinwächter *grundlos beschimpft* hat, was einen bedauerlichen, aber bei der 'Zeit' nicht auffallenden Mangel an journalistischer Gewissenhaftigkeit verrät. Noch eines: Der Mitarbeiter der 'Zeit', Herr Josef Redlich, ist mit dem Chropiner Verwaltungsrat Redlich nicht verwandt und leugnet auch, stiller Gesellschafter des Herrn Isidor Singer zu sein. Da er, obgleich Interessent des Zuckerkartells, demnach keinen »legitimen Einfluß« auf die 'Zeit' in dessen Angelegenheiten nehmen kann, so könnten Böswillige die zuckerkartellfreundliche Haltung des Blattes auf illegitime Einflüsse zurückführen wollen. Ich aber glaube eher, daß hier, wie so oft bei der 'Zeit', eine scheinbar korrupte Auffassung auf die harmloseste Art von der Welt zu erklären sein dürfte: mit der nationalökonomischen Unwissenheit der Redakteure. Und sie zeigt sich diesmal wieder in hellstem Lichte, da die 'Zeit' die Bezeichnung des Hofrates Klein-

wächter als des »ältesten Bekämpfers der Kartellschäden in Österreich« be-  
anstandet und mit den Worten widerlegt, Kleinwächter sei »gar kein Kartell-  
gegner«. Wer heute noch nicht den Unterschied zwischen »Bekämpfer der  
Kartellschäden« und »Kartellgegner« kennt, niemals davon gehört hat, wie  
gerade die Regelung der rechtlichen Stellung der Kartelle die Möglichkeit zur  
Bekämpfung ihrer Schäden bieten soll, dem sind auch sonst manche Begriffs-  
verwechslungen zuzutrauen. Sollte etwa der Börsenreporter der 'Zeit' die  
»Bekämpfung der Börsenschäden« deshalb so sorgfältig vermeiden, weil er  
befürchtet, er könnte sonst für einen »Börsengegner« gehalten werden? Vor  
solchem Verdacht bleibt er doch ein für allemal gefeit. Herrn Kanner aber,  
der diesmal sogar das Ministerstürzen gelassen hat, um mit gewohnter Selbst-  
— und Witzlosigkeit für seinen Kollegen einzutreten, würde ich raten, nie wie-  
der einem Angriff auf mich seine so wichtigen politischen Glossen zu opfern.  
Der Ministerpräsident könnte zufällig unmittelbar nach einer solchen Ruhe-  
pause demissionieren, und Herr Kanner hat dann weder ihn noch mich un-  
möglich gemacht.

\*

Über den pöbelhaften Ton, den die 'Zeit' gegen mich anschlägt, vermag  
ich mich nicht allzusehr zu entsetzen: nicht nur, weil man es schlechten Pole-  
mikern, deren stumpfer Witz nicht zu verwunden vermag, kaum verargen  
darf, daß sie zur Grobheit als der einzigen Waffe greifen, die sie zu handha-  
ben wissen; sondern weil mir der Wutausbruch in der Redaktion der 'Zeit'  
auch zu beweisen scheint, daß es mir endlich gelungen ist, die moralische  
Empfindlichkeit der Herren zu wecken und sie vielleicht auf den Weg der Bes-  
serung zu führen. Und das ist ja der Zweck, um dessen willen ich ihnen immer  
wieder Schmerzen verursache, indem ich den bloßliegenden Nerv ihres Un-  
ternehmens, das Inseratenwesen, berühre. Herr Isidor Singer hatte sich frü-  
her niemals Gedanken über Inserate gemacht; wenn eine Aktiengesellschaft  
geschwindelt hatte und in der 'Zeit' angegriffen war, tags darauf aber eine  
Annonce einsandte, strich er die Gebühr, die ja sein sonst passives Zeitungs-  
unternehmen eben noch über Wasser hält, seelenruhig ein und konnte es nur  
in Ordnung finden, daß man Strafe zahlt, wenn man sich vergangen hat. Nie  
war's ihm in den Sinn gekommen, daß man ihn bestechen wolle. Und so folg-  
ten den Angriffen der 'Zeit' pünktlich die Inserate. Da störte plötzlich die 'Fa-  
ckel' diese Gemütlichkeit, und seither ist ein völliger Umschwung bei der  
'Zeit' eingetreten: jetzt folgen dort den Inseraten pünktlich die Angriffe. Ein  
Beispiel: Die Generalversammlung der Teppichfabriks—Actiengesellschaft  
Philipp Haas & Söhne steht bevor und droht stürmisch zu werden, da eine No-  
tiz in der 'Fackel' kürzlich den Stand des Unternehmens klargelegt hat. Ver-  
waltungsrat und Direktion zittern und wollen, wenn schon den Reden der Ak-  
tionäre nicht Einhalt getan werden kann, wenigstens des Schweigens der  
Zeitungen sicher sein. Gleichzeitig mit der Ausschreibung der Generalver-  
sammlung werden also auch größere Inseratenaufträge gegeben. Natürlich  
darf die 'Zeit' dabei nicht leer ausgehen. Am 3. November 1900 schmückt sie  
sich zum erstenmal mit einer Ankündigung der Firma Philipp Haas & Söhne,  
und seither erneuert sie allwöchentlich diese Reklame, in der freilich die Le-  
ser des Blattes, die eher Aktien als Teppiche kaufen, höchstens eine Warnung  
vor dem Ankauf der schlecht notierenden Haas—Aktien zu erblicken mögen.  
Aber da das Inserat anfangs November der 'Zeit' gegeben wurde, erkannte  
die Redaktion, durch meine Belehrungen gewitzigt, sogleich die Bestechungs-  
absicht und wies — nicht das Geld zurück, aber doch den Volkswirtschaftler  
an, sich um die für den 17. November anberaumte Generalversammlung zu  
kümmern. Und am 24. November erschien denn auch richtig ein scharfer Arti-

kel der 'Zeit' über die Gesellschaft Philipp Haas & Söhne. Herr Isidor Singer geht seither stolz in Wien herum und glaubt endgültig bewiesen zu haben, daß die 'Zeit' von niemandem abhängt als von den Torheiten der jeweiligen Regierung, die zu bekämpfen ihr Daseinszweck ist. Leider muß ich heute abermals seine Illusionen stören. Schriftstellerhände dürfen das Geld von Aktiengesellschaften überhaupt nicht berühren, weder vor noch nach einem Angriff. Und darüber, ob die Ebergassinger Knüpftteppiche der Firma Philipp Haas & Söhne empfehlenswert sind, sollte Herr Professor Muther und nicht der Inseratenteil den Lesern der 'Zeit' wenn sie's interessiert, Aufschluß geben. Jetzt aber kann die Redaktion der 'Zeit' mit reinen Händen nicht viel Staat machen; sie muß sich einstweilen mit dem Ruhm begnügen, daß sie oftmals, wenn mein »Schmähblättchen« schmählt, reinen Mund zu halten versteht ...

\* \* \*

**D**er *Erste Allgemeine Beamtenverein der österreichisch—ungarischen Monarchie* scheint jetzt endlich zur Erkenntnis gelangt zu sein, daß jenes »Durch Selbsthilfe,«, durch das er die Beamtschaft bisher zu beglücken verhiess, denn doch nicht die wahre Liebe sei. Darum hat er um Mitte Jänner einen entscheidenden Schritt getan: er hat die Hilfe der Regierung für die notleidende Schar der Beamten, die ihm verschuldet sind, erbeten. Daß der Wucherer seinem Schuldner eine Frau mit einer hübschen Mitgift zu verschaffen sucht, ist ja nichts Seltenes. Dabei mag er etwa also zu ihm sprechen: »Tun Sie's doch, damit ich zu meinem Gelde komme; ich brauche es wirklich notwendig. Sie glauben, man verdient heute viel mit Geldausleihen, und finden vielleicht gar, daß ich Wucherzinsen verlange? Ich versichere Ihnen, daß ich kaum das Notwendigste verdiene!« Diesen Gedankengang verfolgt denn auch die Eingabe, die der Beamtenverein dem Ministerpräsidenten übergeben hat, sie legt dar, daß der Verein die mildesten Forderungen stellt und daß, da die Beamten nicht einmal diesen genügen können, nichts anderes übrig bleibe, als daß die Regierung Gelder zur Verfügung stelle. Die Petition ist eine *Verteidigungsschrift*, die alle in den Nummern 52, 55 und 57 der 'Fackel' gegen den Verein erhobenen Vorwürfe zu entkräften trachtet. Aber wie will man leugnen, daß die Darlehenswerber dem Beamtenverein mehr als 15, ja bis zu 30 Prozent Zinsen zahlen müssen? Ganz einfach: man erklärt, der Aufwand für die Lebensversicherung, die bei der Darlehensgewährung gefordert wird, dürfe nicht in Anschlag gebracht werden, wenn man die Höhe der Verzinsung berechnet. In früheren Jahren hat das zwar der Verein selbst getan, und ich habe in Nr. 55 aus der, von ihm herausgegebenen Schrift »Die Beamten und ihr Credit« ein Beispiel dafür zitiert. Aber seit ich nachwies, daß in jenem Beispiel die entscheidenden Zahlen gefälscht waren, glaubt man die Anklage auf Wucher nicht mehr anders widerlegen zu können, als indem man die Versicherungskosten ignoriert, die sich doch in Wahrheit zu den übrigen Kosten des Darlehens ungefähr so verhalten, wie die 25 Prozent Provision, die sich ein Wucherer bedingt, zu den zehnprozentigen Zinsen, von denen der Schuldschein spricht. Der Beamtenverein schweigt davon, daß der weitaus größte Teil der Darlehenswerber lediglich um das Darlehen zu erhalten, die Lebensversicherung eingeht und sie, sobald die Schuld getilgt ist, wieder auflöst. Natürlich sind die Meisten über den geringen Rückkaufswert der Versicherung erstaunt und entrüstet; schon im Jahre 1888 hat der Verein deshalb eine Schrift über die Frage veröffentlicht: »Was darf bei Auflösung einer Lebensversicherungs—Police an den Versicherten rückgezahlt werden?« Man

versuchte die Versicherten auf solche Weise vom Rückkauf abzuhalten; daß er »eine leider häufig vorkommende Erscheinung« sei, ward unumwunden zugegeben, ebenso häufig offenbar, als die Tilgung von Anleihen bei den Konsortien des Vereines. Wenn aber die Versicherungsbedingungen des Beamtenvereines mit jenen der solidesten österreichischen Versicherungsgesellschaften verglichen werden, ergibt sich, daß sie ungewöhnlich ungünstige sind. Eine Police eines 61jährigen Versicherten auf 1000 fl., auf die im Laufe von zehn Jahren 442,8 fl. eingezahlt wurden, wird vom Verein mit 207,96 fl. rückgekauft oder bei Einstellung weiterer Prämienzahlungen auf 407 fl. reduziert. Eine Police desselben Mannes auf 300 fl., auf die im Laufe von zwölf Jahren 142,88 fl. eingezahlt waren, wird mit 69,06 fl. rückgekauft oder auf 135 fl. reduziert.

Aber nicht bloß die Versicherung, sondern auch die kostspielige Regie des Beamtenvereines muß von seinen unglücklichen Schuldern bezahlt werden. Und alle diese Ursachen der Verteuerung des Kredits liegen, so behauptet die Petition, »so sehr in der Natur der Sache, daß sie gar nicht vermieden werden können«. Es ist deshalb anerkennenswert, daß wenigstens zugegeben wird, der gegenwärtige Zustand sei »noch immer weit entfernt vom Ideal«. Nur eines glaubt der Beamtenverein für sich anführen zu dürfen: daß auch seine Tadler kein Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen wüßten. Dieser Trost aber wird dem Verein schwerlich lange verbleiben. Es wird sicherlich kein Kunststück sein, *mit Hilfe der Postsparkasse* eine Organisation des Kredits aktiver Staatsbeamter etwa in der Art ins Leben zu rufen, daß außer fünf Prozent Zinsen noch die Prämie für die Gefahr des Todes des Darlehensnehmers innerhalb der für die Tilgung der Schuld bestimmten Frist gezahlt wird.

\* \* \*

## Aus den »Salons« des Freisinns

### *Salon Fichtegasse 11.*

»Xa Xa.  
*Er wird hier mit Dir im Hotel sein!*  
 Er wird Dich küssen und Herzen,  
 wenn's ihm beliebt! Mache es mir  
 leicht — — — «

\*

»Für einen in Österreich wohnhaften, jungen, feschen, wohlhabenden und sehr gut dotierten

*Rabbiner*

wird behufs Verhelichung reiches und hübsches Mädchen gesucht. Diskretion selbstverständlich. Anträge unter »Großes Glück Nr. 7676.«

\*

»Ballnovize,

### *Salon Steyrermühl.*

»19jähr. schönes heiteres Fräulein wünscht die ehrb. Bekanntschaft eines Infanterieoffiziers zu machen. Bevorzugt 43. Inft.—Rgmt. Briefe erbeten unter »Lola 100« postlagernd II. Taborstr.«

\*

»Freundin sucht junge Frau. Briefe unter »K. R. 78907« an die Exp.«

\*

»Junge distinguierte Dame sucht ebensolche Freundin. Unter »Amitie 80732« Hauptpostl.«

\* \* \*

modern angehaucht, sucht distinguerte Tänzer zu einem amüsanten Kränzchen. Nichtanonymes unter »Nicht blasiert« an das Ank.—Bür. d. Bl.«

\*

»Welcher, die rot—weiße Redoute (5. Februar) besuchende, elegante, junge Gentleman wäre geneigt, daselbst mit *Ebensolchem* zusammenzutreffen? Unter »Qui se ressemble s'assemble« an das Ank.—Bür. d. BL.«

\*

»Junger Schriftsteller modern, mit guten Manieren, Ironiker, aber empfindungsfähig, sucht Anschluß an junge, nicht häßliche Menschen. Briefe unter »Du?« an das Ank.—Bür. d. Bl.«

### Salon Extrablatt.

»Jeune homme, intelligent, désire correspondre avec Monsieur ou demoiselle aimable. Chiffre: »Venus«, Wien ... <sup>1</sup>«

\* \* \*

### Salon Frischauer.

»Jeune Française distinguée, sympathique et sentimentale, désire faire la connaissance d'une amie affectueuse désintéressée, Française ou Viennoise. Ecrire sous »Solitude« à l'Exped. <sup>2</sup> Nur geg. Schein.«

\* \* \*

Die Reformen bei der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft haben bereits begonnen. Herr Feilchenfeld hat seinen »Operationsraum« bezogen und sich mit Herrn Rechnitzer und dessen allgewaltigem Schwager Herrn Dr. Max Strauß einen *Privatsekretär* angeschafft. Vorsicht kann nie schaden ... Im übrigen reformiert man von unten auf. Seit dem 1. Jänner 1901 sind die Gehalte der bei dem Unternehmen angestellten Damen *um fünf Kronen* gesteigert worden. Die Kronenwährung — hier wie anderwärts in Österreich — ein Hebel der Ausbeutung: frühe haben fünf Gulden als die kleinste Einheit bei der Lohnbemessung gegolten. Immerhin: die Gehalte der angestellten Damen sind gesteigert worden. Ist es nicht recht und billig, daß nun auch die Tantiemen der Herren Rechnitzer und Krassny eine Erhöhung erfahren?



**D**as Deutsche Volkstheater, das sich nach Herrn Bahrs Versicherung »immer mit neuer Leidenschaft um neue Ziele bemüht«, hat auch in dieser Saison wertvolle Errungenschaften zu verzeichnen. Die Einführung des Garderobe— und Theaterzettelszwanges hat zwar Herrn Bukovics für das Versa-

1 Junger Mann, intelligent, sucht Briefwechsel mit liebenswürdigem Herrn, Dame oder Fräulein. ...

2 Junge wohlherzogene Französin, sympathisch und empfindsam, sucht Bekanntschaft mit einer liebevollen desinteressierten Freundin, Fanzösin oder Wienerin. Schreiben unter „Einsamkeit“ an ...

gen des diesjährigen Blumenthal & Kadelburg nicht voll entschädigt, und die Mindereinnahmen, die die fünfundzwanzigmal dem Publikum aufgedrängten »Wienerinnen« gebracht haben, werden ihn demnächst zwingen, Herrn Gettke's Beispiel zu folgen und hohe Gebühren von den allein noch stark begehrten Freikarten zu erheben. Aber was fragt der Direktor des Deutschen Volkstheaters viel nach Geld und Gut, wenn nur sein literarisches Gewissen zufrieden ist! Ohne sich um die Kassenrapporte zu kümmern, fördert Herr Bukovics jeden Donnerstag die Klassiker, und während das Burgtheater die bekanntlich längst nicht mehr zureichenden Leistungen Baumeisters, Hartmanns und Lewinskys zu erhöhten Preisen anzubieten wagt, darf man am Weghuberparke bei ermäßigten der »unbeschreiblichen tragischen Anmut« sich freuen, in die Herr Kutschera und der stets auf ein Jahr engagierte »zweite jugendliche Liebhaber« Schillers und Goethes Gestalten tauchen. Aber sollen diese Donnerstag—Aufführungen, über deren »edle Wahrheit«, »reine Natur« und »unnachahmlich einfache Noblesse« Herr Bahr jedesmal in Entzücken gerät, bloß den Klassikern zugute kommen? Das Publikum des Deutschen Volkstheaters hat seine eigenen Anschauungen über Kunst: Die Kunst kann nicht Geld *und* Ehre, sie muß Geld *oder* Ehre bringen. Je höher man den Theatergenuß literarisch schätzt, desto billiger will man ihn erkaufen. Für die sträfliche Dummheit, die Witze eines Blumenthal oder Bahr zu belachen, mag einer gern vier Kronen Strafe zahlen, der die Erlaubnis, ein Kunstwerk zu bewundern, schon mit drei Kronen zu teuer bezahlt wähnt. Wenn Herr Bukovics nicht darauf verzichten wollte, Kunstwerke zur Aufführung zu bringen, so blieb nichts übrig, als sie auf die Donnerstage zu verweisen; die Kanzlei des Deutschen Volkstheaters teilte also vor einigen Wochen den Zeitungen mit, daß an den »Klassikerabenden« in Zukunft auch »moderne Stücke von literarischem Werte« dargestellt werden sollten. Unbescheidene haben damals vielleicht gedacht, daß Herr Bukovics kaum der richtige Mann sei, um zu beurteilen, welche modernen Stücke etwa literarisch wertvoll seien; aber seit die hundertjährige »Preciosa« und die »Schlagenden Wetter« von delle Grazie an Donnerstagen aufgeführt wurden, haben wohl auch die Mißtrauischesten sich dem ästhetischen Urteile des Herrn Bukovics gebeugt, und das Publikum kargt so wenig wie die Kritik mit Beifall. Die Kritiker hegen die frohe Hoffnung, daß ihre eigenen Stücke im Deutschen Volkstheater, wenn sie nicht mehr »ziehen«, noch als literarisch wertvoll erkannt und an Donnerstagen gespielt werden können, und sind Herrn Bukovics für die Vermehrung der Tantiemen dankbar. Und der Beifall des Publikums ist vollends uneigennützig. Besteht es doch zum guten Teile aus den unglücklichen »Eleven«, die Herr Strakosch neuestens ausbildet und die eine neue Ära des Deutschen Volkstheaters verheißen. Noch hat man nicht gehört, ob diese Eleven gehen, stehen und sprechen können; aber von ihrer manuellen Geschicklichkeit dürfen sich jetzt die Besucher des Deutschen Volkstheaters allabendlich überzeugen. Sie können applaudieren. Nicht zur Mitwirkung auf der Bühne, aber zur Mitarbeit im Zuschauerraume werden diese jüngsten Adepten der Schauspielkunst bereits herangezogen. Sie klatschen Beifall mit einem Eifer und Erfolge, der die alten Claqueure des Deutschen Volkstheaters beschämt und schließlich überflüssig gemacht hat. Herr Bukovics ist eine Künstlernatur und konnte keinen Augenblick zweifeln, daß solch ehrlicher Beifall wertvoller sei als der bezahlte der Claqueure. Er hat die gesamte Claque entlassen, und die ihr früher reservierten Sitze werden jetzt den Eleven zugeteilt.

\* \* \*

Der Pariser 'Figaro' ist über Wiener Verhältnisse gut informiert. Er hat einen Herrn namens Gottlieb, weil er ein »conseiller imperial« ist, anlässlich eines Besuches der Ausstellung für »einen der angesehensten Staatsmänner Österreichs« gehalten und überrascht jetzt mit einem Bericht über eine Wiener Volkstheaterpremiere, der uns deutlich zeigt, daß die Pariser für Wiener »Personalien« ein fast noch größeres Interesse haben als die Wiener selbst. Die Wiener haben sich nämlich bei der Aufführung der »Pariserin« im Deutschen Volkstheater bloß gelangweilt, aber gar nicht darum bekümmert, ob sie in Anwesenheit dieses oder jenes Herrn, dessen Name uns bloß bei wichtigen Gelegenheiten von den Zeitungen serviert wird, vonstatten ging. Und siehe da, der 'Figaro' läßt sich aus Wien nicht nur telegraphieren, die »Pariserin« sei »exceptionnellement bien jouée par l'excellente troupe que dirige M. Bukovics«, nein, er fügt auch noch ausdrücklich hinzu: »Chambrée des plus brillantes«: comte et comtesse Kielmansegg, baron et baronne Schenk (gemeint ist ein Herr vom Wiener Bankverein), *Hermann Bahr* etc.<sup>1</sup>« Daß der letztgenannte Herr bei Premierens. des Deutschen Volkstheaters anwesend zu sein pflegt — nicht als Kritiker, aber als besorgter Hausfreund fühlt er sich dazu verpflichtet —, weiß das Wiener Publikum längst, und die Wiener Zeitungen brauchen es darum nicht eigens jedesmal zu melden. Aber der aufhorchenden Pariser Bevölkerung ist solche Nachricht neu und interessant, und da sie die Frage nicht mehr fesselt, ob die Wahrheit noch immer auf dem Marsche ist, so werden sich jetzt die Leute auf den Boulevards öfter den 'Figaro' aus den Händen reißen, um zu erfahren, ob der berühmte Stammgast des Deutschen Volkstheaters, Herr Hermann Bahr, seinen Freiplatz bezogen hat.

\* \* \*

Die sinnige Erfindung der belletristischen Reklamen ist ausgereift. Während es nämlich bisher dem Leser noch möglich war, aus der versteckten Plazierung jener Plaudereien, deren Pointe die Empfehlung eines Warenhauses ist, schon vor der Lektüre auf Tendenz und Inhalt zu schließen, werden uns jetzt auf der *Titelseite* der Zeitung, unterhalb des Leitartikels, literarische Gaben gespendet werden, die erst in der allerletzten Spalte verraten lassen, daß es sich um eine bezahlte Reklame handelt. Beispielgebend war diesmal die sonst konservative 'Reichswehr'. Sie brachte neulich im Feuilleton eine längere psychologische Novelle, »Ein schlagender Beweis« betitelt, die den Leser so lange in Spannung hielt, bis ihm schließlich in fetten Lettern das Wörtchen »*Riol*« entgegensprang ...

\* \* \*

Liebe Fackel!

Herr Schlenther hat den Jahrhundertbeginn verschlafen. Am 22. Jänner prangte auf dem Theaterzettel des Burgtheaters die Versicherung, »Minna von Barnhelm« spiele in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Herr Schlenther weiß gewiß, daß der Hubertusbürger Friede in das Jahr 1763 und nicht in das Jahr 1863 fällt. Wenn er wach wird und man ihn nach diesem historischen Datum fragt, so wird er die richtige Auskunft geben. Es ist doch merkwürdig, wie verschieden die Temperamente der Menschen sind. Der eine

---

1 außergewöhnlich gut gespielt durch die vorzügliche Truppe unter der Leitung von Herrn Bukovics ... Glänzendste Zuschauerschaft: der Graf und die Gräfin Kielmansegg, der Baron und die Baronin Schenk, Hermann Bahr etc.



kann den Jahrhundertbeginn gar nicht erwarten und setzt ihn schon für den 1. Jänner 1900 fest, und Herr Schlenther möchte wieder, daß das neue Jahrhundert erst 1902 beginne. Aber seinetwegen wird — so lautet doch das jetzt so gerne zitierte Wort des Herrn Halbe — »die Welt nicht einen Zoll breit aus ihrem Geleise gehen.« Wir bleiben definitiv bei 1901!

---

---

## ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

*Herrn Karl Wittgenstein*<sup>1</sup>. Ich erlaube mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß mir am 27. Jänner ein rekommandierter Brief mit dem Poststempel »Hohenberg« zukam, der eine §—19—Berichtigung der Ihre Person betreffenden »unwahren Angaben« in Nr. 65 der 'Fackel' enthielt. Unterzeichnet war der Brief: Karl Wittgenstein. Auf dem Briefpapier stand in blauem Aufdruck: »Hochreith, Post Hohenberg, Nied—Öst.« Auf dem Kuvert waren rückwärts der Aufgabeort in gleichen Lettern und der geschriebene Name des angeblichen Absenders zu lesen. Ich wußte nicht, was mir die Ehre einer Korrespondenz mit Herrn Karl Wittgenstein verschafft hatte, und wäre nicht verpflichtet gewesen, den Brief anzunehmen und zu öffnen. Ich tat's aus verzeihlicher Neugierde dennoch und gewährte eine mit Ihrem Namen signierte Zuschrift auf Grund den § 19. Ich bin nun so gewissenhaft, Sie von dem dreisten Mißbrauch zu verständigen, den sich da offenbar irgend ein Spaßvogel in Hochreith, Post Hohenberg, mit Ihrem Namen erlaubt hat. Die Berichtigung ist so einfältig, daß ich keinen Moment glaubte, Sie seien tatsächlich der Verfasser. Dieser Glaube wäre die einzige Legalisierung der Berichtigung gewesen. Das Briefpapier, auf dem sie niedergeschrieben ist, hat mir nicht die Sicherheit verschafft, daß die Berichtigung echt ist. Ich will gar nicht davon reden, daß Berichtigungen eigentlich wie Urkunden abgefaßt und notariell beglaubigt werden müßten. Aber es fehlt selbst der Geschäftsstempel Ihres Hauses oder die Aufschrift Ihrer Firma auf dem Briefpapier, die mich darüber beruhigen könnten, daß Herr Wittgenstein der Absender ist. Aus dem Lehmann ersehe ich, daß Ihr Wohnsitz in Wien, IV. Alleegasse 16, Ihr Büro in Wien, I. Kolowratring 8, ist. Wenn sich irgend jemand einen Ulk erlaubt, auf einen Zettel ein paar möglichst dumme Sätze, dazu den § 19 und den Namen Wittgenstein geschrieben hat, und wenn ich darauf hineinfalle und die gefälschte Berichtigung erscheinen lasse, so können Sie mich mit Recht belangen. Der Karl Wittgenstein des Briefes verwahrt sich gegenüber der Behauptung, daß er einen Teil der Journalistik in ihrer Haltung gegenüber den Abmachungen zwischen der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft und der Böhmisches Escomptebank beeinflusst, daß er »nur die Großen besoldet und sich um die kleinen Schreier nicht gekümmert« habe. Eine solche Verwahrung hätte ich Ihnen immerhin zugetraut. Ich hatte zwar, wie sich von selbst verstand, nicht sagen wollen, daß Sie persönlich an die Journalistik Pauschalien verteilen, sondern nur die Montangruppe gemeint, die in ihrem Verkehr mit den Zeitungen das Barnum—Prinzip Wittgenstein befolge, und ich weiß ganz gut, daß Herr Feilchenfeld auf diesem Felde selbst seinen Mann stellt. Aber Sie ergreifen jetzt eben jede Gelegenheit, öffentlich zu versichern, daß Sie »sich zurückgezogen« haben. Nur die Farbe der neugeborenen Unschuld kann man Ihnen nicht glauben. Wenn es in dem an mich gelangten Schreiben heißt: »Wahr ist vielmehr, daß ich von den Abmachungen der

1 Die Fortsetzung findet sich in Heft 67 # 13 sowie Heft 68 # 08

Niederösterreichischen Escomptegesellschaft und der Böhmisches Escomptebank ÜBERHAUPT ERST AUS DEN ZEITUNGEN erfahren habe«. so bin ich überzeugt, daß Sie sich mit dem Urheber solch schaler Frozzelei nicht identifizieren werden ... Das Wesentliche aus der Zuschrift des Pseudo—Wittgenstein habe ich hiermit zur Kenntnis meiner Leser gebracht. Der echte wird mir, wenn ihm das Exzerpt nicht genügt, die Zuschrift legalisieren müssen und mich zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht bereit finden. Oder er wird mir mit beglaubigter Handschrift eine Verwahrung gegen den plumpen Mißbrauch übermitteln, den sich ein Spaßvogel in Hochreith mit seinem Namen erlaubt hat, und gegen die Spekulation auf meine Leichtgläubigkeit, der ich fast zum Opfer gefallen wäre. Der echte Wittgenstein hat in seinem Leben schon bessere Spekulationen ausgeführt.

*Ungarischer Patriot.* Sie haben also jetzt nicht nur Ihren ungarischen Goethe, Herrn Madach, sondern auch einen übersetzten. Und den verdanken Sie Herrn DOCZI, der schon so vieles zur Kräftigung Ihres noch immer uner-sättlichen Nationalstolzes getan hat. Und wahrlich, es gelingt ihm eher, den »Faust« ins Ungarische, als ein Exposé des Altmeisters Goluchowski ins Deutsche zu übersetzen. In der Einleitung, die er seinem Goethe vorausschickt, beteuert Herr Doczi, er habe, ehe er ans Niederschreiben ging, »dieses hohe Lied bis ans Ende gesprochen, ja gesungen«. Welch anmutige Einlage für das europäische Konzert! Das Werk, das Herr Doczi geschaffen hat, war seine »Wonne und qualvoll süße Zerstreuung auf Promenaden, in schlaflosen, auf der Eisenbahn durchwachten Nächten, unter seelischen Schwankungen.« Herr Doczi meint natürlich die Ischler Esplanade, auf der er mit Herrn Julius Bauer promenierte, und die Fahrt von Wien nach Ischl. Immer aber sei »das Gefühl der INSPIRATION mit dabei« gewesen. Aha! Der Preßleiter des auswärtigen Amtes, der die 'Neue Freie Presse' zu einem milanfreundlichen Artikel inspiriert, guckt doch immer wieder hervor. Wenn man sich aber zwischen Milan und Goethe betätigen muß, so gibt das freilich »seelische Schwankungen«. Herr Doczi muß dann selbst zugeben, daß seine Arbeit »nicht so leuchtend ungarisch« ausgefallen ist, wie der Faust deutsch. Aber daß sie »doch GOETHEISCH« ist, leugnet er ganz und gar nicht. Und somit ist zur Entfaltung von Nationalstolz ein weites Feld gegeben. Vielleicht erleben wir noch die Entdeckung, daß der »Faust« eigentlich von Doczi Lajos ist und Goethe Wolfgang ihn auf Promenaden und in schlaflosen Nächten übersetzt hat, daß aber die Übersetzung nicht so leuchtend deutsch geschrieben ist, wie der Original—Faust ungarisch.

*Techniker.* Über die Teilnahmslosigkeit des Publikums gegenüber dem Kress'schen Unternehmen habe ich bereits in einer der früheren Nummern der 'Fackel' meine Meinung gesagt. Die besitzende Intelligenz hatte ihre letzten Groschen für die rumänischen Juden hergegeben, und daß Herr v. Hartel vor allem das Gemüt der Naschmarktweiber durch Aufstellung der Straßer'schen Löwengruppe <sup>1</sup> veredeln zu müssen glaubt, ist begreiflich. Die paar Studenten an der Technik, die eine Kollekte eingeleitet hatten, konnten kein Vermögen aufbringen, und der 'Neuen Freien Presse' zuzumuten, daß sie, anstatt Sammlungen mit beschämendem Ergebnis einzuleiten, selbst helfe und den Betrag des defraudierten Zeitungsstempels für einen Monat opfere, wäre brutal gewesen. Ist es nicht genug, daß sie das Zustandebringen der erforderlichen Summe als eine »Ehrenpflicht« bezeichnet hat? ... Sie haben recht: die Patrioten dieses Landes sitzen ängstlich auf ihrem Geldbeutel, wenn nicht mindestens ein Franz—Joseph—Orden zu holen ist. Wenn der aber schon mittelst Flugschiff erreichbar ist, so bekommt ihn der Erfinder, und davon haben

---

1 s. Heft 61

sie nichts <sup>1</sup>. Kress hat Unrecht getan, sich nicht gleich Herrn Szczepanik, von einem galizischen Konsortium »finanzieren« zu lassen. Der »elektrische Fernseher«, der als »Clou« der Pariser Weltausstellung versprochen war, hat sich als ein ganz gewöhnlicher galizischer Schwindel entpuppt, Aber Kress hätte durch Vermittlung des »Bankiers« Kleinberg wenigstens die gesamte liberale Presse für sich haben können. Nun läppert sich die Sache so zusammen. Einige Herren der haute finance nahmen endlich die Gelegenheit wahr, in den Zeitungen als Wohltäter genannt zu werden, und brachten insgesamt die Summe von 13.500 Kronen auf. »Jetzt ist nur noch«, ruft die 'Neue Freie Presse' triumphierend, »ein Rest von 1500 Kronen erforderlich«. Bedarf es noch der Aufforderung zur Noblesse? Ich sage nicht, daß die Herausgeber in ihre eigene Tasche greifen sollen. Sie brauchen bloß ein paar Zeilen gegen die Escomptegesellschaft nicht zu schreiben, und die Summe ist zustandegebracht ...

*Culturträger.* Die freiheitliche Sexualbegeisterung für die der Zensur glücklich abgetrotzte »Jugend« ist noch immer nicht verfliegen, das Zeitungsgeblöke von einer künstlerischen Errungenschaft noch nicht verstummt. Herr Bukovics wird diesmal doppelt gepriesen, weil er es nach achtjährigem Kampfe durchgesetzt, daß sich Männchen und Weibchen im Pfarrhof paaren dürfen, und in liberalen Kreisen verlautet bereits, Österreich sei »doch kein so zurückgebliebener Staat«. Was wären dem Premierpöbel Romeo und Julia, wenn sie einmal statt Halbe'scher Interjektionen Shakespeare'sche Verse sprächen! ... Ich schließe mich, wie Sie sehen, der Meinung an, die der vernünftigste Kritiker Wiens im 'Vaterland' ausgesprochen hat. Er schildert das Publikum, das da im letzten Akte zugunsten des liberalen Pfarrers »demonstrierte«: die Damen, »die sich und ihren Schmuck zum Besten gaben«, die Herren, die »wahrscheinlich an Alpine Montan, vielleicht auch an Prager Eisen dachten«.

*Burckhard—Schwärmer.* Hier meine Meinung: Herr Burckhard hat der Tapferkeit besseren Teil erkoren und freiwillig darauf verzichtet, die liberalen Wähler Wiens in eine für ihn peinliche Versuchung zu bringen. Dafür aber, daß er sie nicht im Parlament vertreten kann, trachtet er sie jetzt reichlich anderweitig zu entschädigen. Er hält nämlich Vorträge: bald in dem, bald in jenem Verein, bald über das antike, bald über das moderne Drama, und sorgt durch tägliche Reklame dafür, daß seine beliebte Persönlichkeit der öffentlichen Diskussion nicht entzogen werde. Die Optimisten, die da gehofft hatten, der Mann werde nach achtjähriger Burgtheaterleitung etwas vom Wesen des Theaters erfaßt haben, sehen ihren Irrtum ein. Nicht das flachste Verständnis für die Dinge der Literatur spricht aus diesen Vorträgen, die gleichwohl ernst genommen, kommentiert und als Feuilletons in den Zeitungen abgedruckt werden. Die resolute Ungeniertheit, mit der der freisinnige Hofrat seine Bildungsdefekte enthüllt, versöhnt immerhin mit der Prätention, die ihn die ältesten Wahrheiten entdecken und Gemeinplätze dem Schutze des Publikums empfehlen läßt. Dennoch muß Herr Burckhard darüber aufgeklärt werden, daß der politische Begriff »imperialistisch« nicht, wie er kürzlich zu glauben schien, soviel wie »kaiserlich« bedeutet. Von den Irrtümern, die er als Kritiker der 'Zeit' begeht, mag ich nicht sprechen, da sie der Öffentlichkeit ohnedies verborgen bleiben. Nur möchte ich mir erlauben, es anmaßend zu nennen, wenn Herr Burckhard, der bekanntlich den Stil eines Sollizitators schreibt, einem Autor »sprachliche Unrichtigkeiten«, »schlechtes Deutsch« und »Verstöße wider den Sprachgeist« nachweisen möchte. Hofmannsthal's Verdichtung »Der Tor und der Tod« kann vor dem Sprachgefühl eines Burckhard nicht be-

stehen. Sie enthält den Satz: »Und lern, daß alle andern dieser Schollen mit lieberfülltem Erdensinn entquollen.« Herr Burckhard bemerkt hierzu feinsinnig: »Da muß man erst langsam daraufkommen, daß 'dieser Schollen' nicht der Genitiv Pluralis, sondern ein archaisierender und noch dazu falsch archaisierender Dativ Singularis ist.« Welch sachlicher Ernst! Welch ein Aufwand gymnasialen Wissens! Herr Burckhard kommentiert sogar Druckfehler. Und er ist erst in der folgenden Nummer der 'Zeit' »langsam daraufgekommen«, daß er es mit einem verstümmelten »Dativ Pluralis« zu tun hatte. Es ist wohl ein widerwärtiger Anblick, zu sehen, wie ein Kritiker, der sich gern »modern« nennen hört, sich an einem modernen Dichter als grammatikalischer Splitterrichter übt.

*Habitué.* Herr Buchbinder geriet neulich aus Rand und Band. Im Theater an der Wien wurde zugunsten eines Vereines gespielt, und anstatt der Direktion hatte der in solchen Dingen ungeübte Verein die Freikarten an die Journale versendet. Da gab's denn eine heillose Verwirrung, über die besonders Herr Buchbinder, als Referent des 'Neuen Wiener Journal', ungehalten war. Der Verein, schreibt er, »wird wohl künftighin, wenn er wieder theatrale Gelüste hegt, etwas mehr Ordnung halten. Gestern mußten sich die Parkettbesucher, welche abnorme Preise zahlten, mit den Referenten der Zeitungen um ihre Plätze balgen. Den letzteren wurden nicht die gewohnten Sitze zur Verfügung gestellt. Sie irrten erst unterstandslos hin und her. An den Kassen — — — wußte man keinen Rat. Die Referenten hospitierten den Abend hindurch bei mildtätigen Logen— und Sitzinhabern. Warum überläßt der Verein das Arrangement nicht dem Theater?« Man wird zugeben, daß selten noch ein Reporter sich so offen seiner Zudringlichkeit gerühmt hat. Herr Buchbinder hat zwar eingesehen, daß die Parkettbesucher, im Gegensatz zu ihm, für ihre Plätze zahlten, und abnorme Preise zahlten — dennoch wollte er nicht weichen und BALGTE »sich« mit ihnen. Als er endlich abgeschüttelt war, ging er zu — einem andern Sitzinhaber, bei dem er eine größere »Mildtätigkeit« voraussetzte; mit dem hat er dann den ganzen Abend hindurch den engen Platz geteilt. Grund zur Beschwerde hat also eigentlich nicht die Kritik, sondern das Publikum. Es wird manchen zahlenden Theaterbesucher geben, der einen sonst von Herrn Buchbinder okkupierten Platz nicht gerne einnimmt; da er aber einmal gezahlt hat, so hat er ein Recht auf den Platz und sollte vor der Fährlichkeit geschützt werden, im Theater mit Herrn Buchbinder »balgen« zu müssen.

*Börsenpoet.* Viel nachzuholen! Im Economist stand ein Artikel über die »Entvölkerung Frankreichs«, und da war zu lesen: »Keine Familienmutter würde einen Augenblick zögern, auf das erstorbene Gefühlsleben dieses Herrn die Poesie eines jungen, unschuldigen Mädchens mittelst des Eheringes zu pflöpfen.« — Tod der Königin von England — Schmerz im Jargon der Leopoldstadt; »Im Schloss Osborne liegt aufgebahrt die tote Königin, zum Palast von St. James fährt ihr Sohn und Nachfolger im vierspännigen Prunkwagen.« ... Einen ähnlichen Ton schlägt auch der Kriegsberichterstatte aus Südafrika an. Gouverneur General Maxvall erklärt, ihn nach Europa zurückschicken zu müssen, wiewohl der Korrespondent der 'Neuen Freien Presse' ihm begreiflich zu machen sucht, »wie wertvoll seine Berichterstattung an das BEDeutendste BlAtT ÖSTERREICHs für die Sache der Engländer sein könne«. Der Gouverneur bleibt unerbittlich, und der Spezialschmock darf nur noch ein Nachtstuhl im Hause eines Österreicher einnehmen. Dann aber ruft er schwelgend aus: »Es war ein Abend! — ein Abend! — NUN WAS SOLL ICH MEHR SAGEN, ein Abend unter Landsleuten!« »Mir zu Ehren wurde ein Schinken geopfert« ... — Am 18. Jänner wird offenbar eine neue Art des Selbstmordes ge-

schildert. Die 'Neue Freie Presse' erzählt vom Banditen Coquard, der in seinem »Fort Chabrol« tot aufgefunden wurde, und schreibt wörtlich: »Er hatte sich erhenkt, nachdem er mit der Flinte, bevor er sich von der Erde abstieß, sichtlich mit den nackten Zehen sich eine Kugel durch das Gesicht vom Halse hinaufgejagt hatte.« Wörtlich! — Am 20. Jänner hat ein in Semlin gefangener Übeltäter »den Kerkermeister, dessen Frau und Tochter und noch drei Kinder NEUERDINGS ermordet.« — In derselben Nummer sagt Hofrat Staberl in einer traurigen Plauderei über »Wiener Küche«: Zu Schillers Zeiten noch »drehte sich ewig AM BRATSPIESS DAS HUHN«.

*Coullissier.* Nein, der Disponent der Credit—Anstalt, Herr Löwy, hat vor der Begebung der Kronenrente nicht, wie sonst, bei Leopold Langer gespielt, sondern ausnahmsweise seine Geschäfte durch Breisach & Comp. besorgen lassen. Brüll & Kalmus ist auch immer eine der ersten Firmen, die von den Transaktionen der Credit—Anstalt erfährt. Man sagt, daß ihr Rat ein Kaiserlicher ist ...

*Sozialpolitiker.* Sie fragen, wie es um die Richtigkeit meiner Mitteilungen über die Gründe der Entlassung des Herrn Dr. Kanner von der 'Frankfurter Zeitung' steht. Die Frankfurter sozialdemokratische 'Volksstimme' hat seinerzeit meinen Artikel in Nr. 60 zitiert und erhielt am 20. Dezember von der Redaktion der 'Frankfurter Zeitung' und von Herrn Sonnemann Berichtigungen. Ich kann mich nur darauf berufen, daß die in der 'Fackel' gegebene Darstellung aus dem Kreise der Intimen des Herrn Dr. Kanner stammt. Daß Herr Doczi bei Kanners Entlassung die Hand im Spiele hatte, ist aber um so glaubhafter, weil man den Nachfolger Kanners der Redaktion des Organs unseres auswärtigen Amtes, des 'Fremdenblatt', entnahm. Schon früher versah ein Redakteur des 'Fremdenblatt', Herr Mendel, den telegraphischen Korrespondenzdienst für die 'Frankfurter Zeitung'. Da jetzt Herr Zweybrück dort österreichische Politik zu begutachten hat, ist es wohl augenscheinlich, daß man von der heftigsten Opposition gegen den Grafen Goluchowski, die Herr Kanner vertrat, zur Goluchowski—Offiziosität übergegangen ist. Inzwischen hat übrigens Herr Kanner bereits vollwertigen Ersatz für die verlorene Stellung bei der 'Frankfurter Zeitung' gefunden: er geht demnächst zum 'Wiener Tagblatt' über, zu dem ihn ja längst Herkunft und Neigung zogen. Lucian Brunner, seit neuestem Haupteigentümer des 'Wiener Tagblatt', will dieses in ein »sozialpolitisches Organ« verwandeln. Neben Herrn Kanner als Politiker wird ihm auch Herr Ludassy als Börsenjournalist dabei behilflich sein.

*Leser.* Sie haben recht. Die liberalen Blätter scheuen sich, zu melden, Dreyfus werde den Kurort RABBI aufsuchen, und erfinden darum in merkwürdiger Übereinstimmung einen Kurort namens RABBEL.

*Architekt L. S.* Daß die k. k. Staatsbahndirektion Ihr Gesuch um Rückerstattung der Strafgebühr von sechs Kronen, die Sie für sich und zwei Damen wegen fahrlässiger Zonenüberschreitung auf der Wiener Stadtbahn gezahlt haben, zurückwies, ist nicht erstaunlich. Daß Sie selbst die Überschreitung merkten und den Kontrolleur auf sie aufmerksam machten, kann Ihnen in den Augen einer Behörde nichts nützen, die dem Fahrgast sogar für die Fahrlässigkeit eines Bahnbediensteten — Nichtdurchlochung der Karte — eine Strafe auferlegen zu dürfen glaubt. Glücklicherweise ist aber das Publikum der k. k. Staatsbahndirektion gegenüber nicht wehrlos und hat es auch gar nicht nötig, sich erst mit Abfassung von Gesuchen zu plagen. Es braucht bloß die Zahlung der Strafgebühr von zwei Kronen zu verweigern. Der Bahnportier nimmt dann ein Protokoll auf oder holt schlimmstenfalls einen Wachmann, vor dem der Fahrgast sich legitimiert und die Verweigerung der Zahlung wiederholt. Aber weiter geschieht bestimmt nichts. Die k. k. Staatsbahndirektion läßt es wohl-

weislich nicht darauf ankommen, die beanspruchten Strafgebühren einzuklagen, weil sie sicher ist, vom Gerichte mit der nicht zu Recht bestehenden Forderung abgewiesen zu werden, und das Publikum darüber aufzuklären fürchtet, daß es — jedenfalls im Falle der »Nichtdurchlochung« — nicht verpflichtet ist, die Strafen zu zahlen. Ich kann Ihnen zu den sechs Kronen, die Sie so willig geopfert haben, nicht verhelfen. Sie sind dahin; »was helfen späte Klagen?«

---

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: **K a r l K r a u s .**  
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.